



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2011

Stand: 11.10.2012

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	3
II.	Zusammenfassung Deutschland.....	4
III.	Deutschland - Daten 2011	6
IV.	Zusammenfassung Länder	11
V.	Länder – Daten 2011	13
VI.	Tabellenverzeichnis	33

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuwendungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. Im einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz über die Bundesstiftung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406) und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007 geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuwendungsempfänger. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuwendungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2011 **662.685** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**677.947** Geburten) ist damit die Geburtenzahl um 2,25 % gesunken. 2010 war gegenüber 2009 noch ein Geburtenanstieg von 1,93 % zu verzeichnen gewesen.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2011 um 7,67 % auf 144.504 gesunken; auch die Zahl der tatsächlichen **Hilfeempfängerinnen** ging zurück und zwar um 8,68 % auf 132.359. Die Bewilligungsquote des letzten Jahres ist dagegen nur um 1 Prozentpunkt von 93 % auf 92 % gesunken (Tabelle 1).

Der Grund für die deutliche Verringerung der Antragszahlen liegt im festgestellten Geburtenrückgang. Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, ist gemessen an der Zahl der Lebendgeborenen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht von 21,4 % auf 20,0 % gesunken. Somit hat im Jahr 2011 – vergleichbar wie im Vorjahr - **jede fünfte Schwangere** Stiftungsmittel erhalten.

Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** ist im Jahr 2011 erstmals seit 2006 um 1 Prozentpunkt auf 96 % gesunken mit der Folge, dass sich der Anteil der Hilfeempfängerinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren von 3 % auf 4 % erhöht hat (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen ist wie schon in den Vorjahren nahezu unverändert geblieben. Der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, stieg im Berichtsjahr von 24% auf 25 %. Infolgedessen sanken die Anteile der Bezieherinnen von Leistungen nach dem BAföG von 5 % auf 4 % und von Leistungen nach SGB II und XII von 49 % auf 48 %. Die Anteile der Bezieherinnen von Leistungen nach SGB III (5 %) sowie sonstiger Sozialleistungen (3 %) blieben dagegen unverändert. Der Anteil der Hilfeempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und auch ohne einen Sozialleistungsbezug ist mit 13 % ebenfalls konstant geblieben (Tabelle 3).

In 2011 verringerte sich der Prozentanteil der Hilfeempfängerinnen deutscher **Staatsangehörigkeit** wie schon im Vorjahr um 1 Prozentpunkt und beträgt nun 72 %. Dementsprechend erhöhte sich der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen auf 28 % (Tabelle 4).

Die Hilfen der Bundesstiftung wurden von den Hilfeempfängerinnen im Berichtsjahr wie in den Jahren davor ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. So stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 12. und 20. und 62 % nach der 20. Schwangerschaftswoche (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es eine minimale Verschiebung. So sank der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, von 41 % auf 40 %, allerdings blieben die Anteile der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden mit 38 % und der in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden mit 22 % rechnerisch unverändert (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2011 um 11 Beratungsstellen verringert. Insgesamt wirkten somit 1.273 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Die **132.359 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland bekamen 2011 **durchschnittlich einen Betrag in Höhe von 682 Euro** aus Stiftungsmitteln des Bundes ausbezahlt. Dies entspricht gegenüber der durchschnittlichen Bewilligungssumme des Vorjahres in Höhe von 651 Euro einer Steigerung um 4,76 % (Tabelle 9).

In den Ländern Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und Thüringen hat sich trotzdem die jeweils durchschnittliche Bewilligungssumme verringert. Mecklenburg-Vorpommern (455 Euro) und Bremen (467 Euro) sind trotz Erhöhung auch des landesweiten Durchschnittsbetrages noch immer die beiden Länder, in denen der Durchschnittsbetrag der Bewilligungssummen am geringsten ausfällt. An dritter Stelle des niedrigsten Durchschnittsbetrages liegt Schleswig-Holstein.

Am höchsten war der Durchschnittsbetrag 2011 mit 1.250 Euro in Bayern, das mit einem Plus von 221 Euro auch den stärksten Anstieg zu verzeichnen hat. Baden-Württemberg folgt mit einem Durchschnittsbetrag von 1.085 Euro an zweiter Stelle, Rheinland-Pfalz (953 Euro) liegt wie schon im Vorjahr an dritter Stelle. Den größten Rückgang des Durchschnittsbetrages hat mit 71 Euro Hamburg zu verzeichnen (Tabelle 29).

Die **Anteile der Beträge pro Erstbewilligung** zeigen kleine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. So ist der Anteil der Zahlungen bis 300 Euro ebenso um 1 Prozentpunkt gestiegen wie der Anteil der Zahlungen zwischen 600 und 1.000 Euro. Gleichzeitig ging der Anteil der Zahlungen von Beträgen zwischen 300 und 600 Euro von 45 % auf 44 % zurück (Tabelle 10).

III. Deutschland - Daten 2011

Endgültige Geburtenzahl: 662.685 (Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom 08.10.2012)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfangnerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfangnerinnen
2005	146.952 (100 %)	132.698 (90 %)
2006	162.550 (100 %)	149.000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160.521 (100 %)	147.688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156.458 (100 %)	145.119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158.215 (100 %)	145.273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156.536 (100 %)	144.958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144.504 (100 %)	132.359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,67 %	- 8,68 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfangnerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfangnerin	unter 14 Jahre	14 bis 18 Jahre	über 18 Jahre
2005	34 (0 %)	4.875 (4 %)	127.788 (96 %)
2006	48 (0 %)	4.771 (3 %)	144.181 (97 %)
2007	37 (0 %)	4.589 (3 %)	143.062 (97 %)
2008	47 (0 %)	4.431 (3 %)	140.510 (97 %)
2009	54 (0 %)	3.984 (3 %)	141.235 (97 %)
2010	44 (0 %)	3.835 (3 %)	141.079 (97 %)
2011	39 (0 %)	3.344 (3 %)	128.976 (97 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Status der Hilfeempfängerin	Einkommen aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2005	29.745 (20 %)	40.252 (28 %)	6.825 (5 %)	25.804 (18 %)	keine Angaben	28.297 (19 %)
2006	30.972 (21 %)	7.921 (5 %)	6.812 (5 %)	73.935 (50 %)	3.188 (2 %)	22.914 (15 %)
2007	33.138 (22 %)	5.729 (4 %)	6.266 (4 %)	75.472 (51 %)	3.443 (2 %)	21.133 (14 %)
2008	35.264 (24 %)	7.252 (5 %)	6.281 (4 %)	71.517 (49 %)	3.790 (3 %)	18.874 (13 %)
2009	35.647 (25 %)	7.303 (5 %)	6.686 (5 %)	70.610 (49 %)	4.030 (3 %)	18.916 (13 %)
2010	35.495 (24 %)	6.835 (5 %)	6.755 (5 %)	70.813 (49 %)	4.335 (3 %)	18.546 (13 %)
2011	33.397 (25 %)	5.883 (4 %)	6.299 (5 %)	63.423 (48 %)	3.935 (3 %)	16.864 (13 %)
Veränderungen in Prozentpunkten 2010/2011	+1	-1	0	-1	0	0

Die ungewöhnlichen Unterschiede im Vergleich 2005/2006 in den Spalten 3 und 5 dieser Tabelle beruhen auf einigen bayerischen Abweichungen bei der statistischen Erfassung zum wirtschaftlichen Status. Bayern trennte 2005 noch nach Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Staatsangehörigkeit	Deutsche	Ausländerinnen
2005	101.859 (72 %)	39.893 (28 %)
2006	107.439 (72 %)	41.541 (28 %)
2007	107.143 (73 %)	40.545 (27 %)
2008	107.436 (74 %)	37.683 (26 %)
2009	107.048 (74 %)	38.225 (26 %)
2010	105.686 (73 %)	39.270 (27 %)
2011	95.539 (72 %)	36.820 (28 %)
Veränderung in Prozentpunkten 2010/2011	-1	+1

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2005	12.094 (9 %)	44.590 (31 %)	85.068 (60 %)
2006	12.604 (9 %)	45.988 (31 %)	90.408 (61 %)
2007	11.989 (8 %)	44.657 (30 %)	91.042 (62 %)
2008	11.441 (8 %)	44.424 (31 %)	89.254 (62 %)
2009	10.949 (7 %)	44.690 (31 %)	89.634 (62 %)
2010	10.886 (8 %)	45.381 (31 %)	88.691 (61 %)
2011	9.535 (7 %)	41.376 (31 %)	81.448 (62 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2005	49.909 (43 %)	37.219 (32 %)	28.407 (25 %)
2006	66.672 (45 %)	51.963 (35 %)	30.365 (20 %)
Veränderung Prozentpunkte 2005/2006	+ 2	+ 3	- 5
2007	64.426 (44%)	52.566 (36%)	30.696 (21%)
Veränderung Prozentpunkte 2006/2007	- 1	+ 1	+ 1
2008	59.395 (41 %)	54.864 (38 %)	30.862 (21 %)
Veränderung Prozentpunkte 2007/2008	- 3	+ 2	0
2009	60.083 (41 %)	52.930 (37 %)	32.260 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2008/2009	0	- 1	+ 1
2010	59.033 (41 %)	54.602 (38 %)	31.323 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2009/2010	0	+ 1	0
2011	52.603 (40%)	50.664 (38 %)	29.092 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2010/2011	-1	0	0

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2005	1.241	978	263
2006	1.271	1.002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1.279	1.013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1.275	1.018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1.276	1.026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1.284	1.033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1.273	1.027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9	- 0,6 %	- 2,0 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuwendungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2005	607 Euro
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2010

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17.404 (12%)	69.460 (47%)	42.232 (29%)	17.963 (12%)	1.807 (1%)
2007	17.886 (12%)	69.460 (48%)	39.111 (27%)	17.248 (12%)	1.693 (1%)
2008	16.112 (11%)	69.878 (48%)	40.541 (28%)	16.834 (12%)	1.752 (1%)
2009	14.543 (10 %)	64.475 (44 %)	45.933 (32 %)	18.350 (13 %)	1.836 (1 %)
2010	13.667 (9 %)	65.610 (45 %)	46.816 (32 %)	17.351 (12 %)	1.513 (1 %)
2011	12.720 (10 %)	58.357 (44 %)	43.694 (33 %)	16.065 (12 %)	1.523 (1 %)

Die Statistik 2005 enthielt hierzu nur unvollständige Daten.

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2011 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Aufgrund der deutlich niedrigeren Geburtenzahl ging in allen 16 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zurück. In 2010 war dies nur bei 12 Ländern der Fall. Den höchsten Rückgang gab es 2011 in Bayern. Im Vergleich zum Vorjahr erhielten 2.991 schwangere Antragstellerinnen weniger die Hilfeleistungen. In Nordrhein-Westfalen gab es 2.284 Hilfeempfängerinnen weniger als im Vorjahr und in Niedersachsen 1.505. Den geringsten Rückgang an absoluten Bewilligungszahlen verzeichneten Bremen (67 weniger) und Hamburg (145 weniger).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** erreichten in 2011 Bayern, Brandenburg und das Saarland mit jeweils 97 %, die niedrigste Bewilligungsquote hatte Nordrhein-Westfalen mit 87 %, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 89 % (Tabelle 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag wie in den Vorjahren auch in 2011 bei 97 %, 3 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Anträge von Mädchen unter 14 Jahren gab es nur ganz vereinzelt (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, stieg in 2011 bundesweit um 1 Prozentpunkt auf 25 %. Die größten Veränderungen gab es dabei erneut in Rheinland-Pfalz. Dort stieg der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozentpunkte; 2010 war er gegenüber 2009 noch um 6 Prozentpunkte gesunken.

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB II und SGB XII** erhielten, sank im Bundesdurchschnitt um nur 1 Prozentpunkt auf 48 %. In den meisten Bundesländern waren die Schwankungen genauso gering. Ein höherer Rückgang war nirgends zu verzeichnen. Den höchsten Anstieg gab es mit 8 Prozentpunkten in Hamburg, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem Saarland mit jeweils 3 Prozentpunkten (Tabelle 18).

Bei den Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** sank die Anzahl in Baden-Württemberg um 822 Fälle auf 1.601. In Hamburg gab es bei diesen Hilfeempfängerinnen einen enormen Anstieg um rund 53 %.

Im Vergleich zu den Vorjahren stieg der prozentuale Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** in 2011 insgesamt um 1 Prozentpunkt. In den alten Bundesländern lag er zwischen 22% (in Schleswig-Holstein) und 45 % (in Hamburg). Den höchsten Anstieg um jeweils aber nur 3 Prozentpunkte hatten Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern war der Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen weiterhin sehr niedrig. Er lag zwischen 4 % (in Mecklenburg-Vorpommern) und 7 % (in Sachsen und Sachsen-Anhalt) (Tabelle 24).

In den meisten Ländern wurde der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, wie schon im Vorjahr mit Ausnahme von Saarland und Sachsen, wo 42 % bzw. 47 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche stellten (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten überwiegend die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 42 % und 60 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist jeweils der geringste (zwischen 13 % und 24 %). Ausnahmen gab es hier nur in Bayern und im Saarland. Dort gibt es etwas mehr allein lebende Hilfeempfängerinnen als verheiratete (45 % gegenüber 39 % bzw. 42 % gegenüber 37 %). Berlin liegt mit 40 % verheirateten, 35 % allein sowie 25 % in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen genau dazwischen. In den neuen Bundesländern stellen jeweils die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (zwischen 41% und 53 %), gefolgt von den in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden. Verheiratete machen dort nur 18 % bis 21 % der Hilfeempfängerinnen aus (Tabelle 26).

Die Landesstiftungen von Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen verfügten 2011 wie bereits im Jahr zuvor über **zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung**. Gegenüber dem Vorjahr verringerte Bayern die Eigenmittel erheblich um 95,05 % und Sachsen-Anhalt ebenfalls deutlich um 75,61 %. Berlin senkte die Eigenmittel lediglich um 4,37 %. In Rheinland-Pfalz blieb der Betrag wie im Vorjahr unverändert. Thüringen dagegen stockte die Eigenmittel deutlich um 39,92 % auf.

V. Länder – Daten 2011

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	9.144	14.543	8.552	7.919
2006	10.344	15.959	9.009	7.844
2007	11.156	15.592	8.248	8.188
2008	10.194	13.443	8.190	7.794
2009	11.634	13.099	8.721	7.396
2010	11.285	13.971	8.919	7.274
2011	11.108	10.890	8.744	6.810

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.241	4.395	10.409	6.087
2006	2.382	4.480	10.458	6.234
2007	2.354	4.658	10.527	6.103
2008	2.190	4.558	10.315	6.120
2009	2.332	4.697	10.487	5.835
2010	2.074	4.687	10.331	5.703
2011	2.021	4.568	9.693	5.250

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	18.807	36.242	5.590	1.573
2006	18.877	36.904	5.747	1.765
2007	18.479	36.313	5.728	1.770
2008	17.855	36.682	5.721	1.746
2009	17.942	38.513	5.878	1.856
2010	17.797	37.887	5.718	1.755
2011	16.464	35.613	5.121	1.550

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	11.281	7.920	6.705	5.953
2006	11.603	7.905	6.881	6.158
2007	11.292	7.239	6.872	6.002
2008	10.785	7.477	6.769	5.919
2009	10.440	7.209	6.766	5.410
2010	9.867	6.747	6.835	5.686
2011	8.855	6.191	6.399	5.227

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	7.692	14.258	7.481	7.676
2006	9.140	15.647	8.138	7.522
2007	10.883	15.286	7.371	7.942
2008	10.180	13.179	7.522	7.616
2009	10.737	12.842	7.915	7.205
2010	10.915	13.564	8.101	7.053
2011	10.397	10.573	7.777	6.604

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.111	4.217	9.054	5.691
2006	2.258	4.333	9.858	5.835
2007	2.240	4.486	9.536	5.757
2008	2.056	4.338	9.569	5.753
2009	2.192	4.459	9.698	5.467
2010	1.971	4.457	9.632	5.382
2011	1.904	4.312	8.948	4.907

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	17.163	30.813	4.918	1.522
2006	17.154	32.541	5.048	1.725
2007	16.848	32.287	4.957	1.710
2008	16.370	32.396	5.091	1.702
2009	16.536	33.539	5.379	1.784
2010	16.475	33.367	5.126	1.710
2011	14.970	31.083	4.582	1.500

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	10.101	7.384	6.127	5.544
2006	10.335	7.371	6.341	5.754
2007	9.831	6.765	6.189	5.600
2008	10.769	6.998	6.095	5.485
2009	9.556	6.732	6.149	5.083
2010	9.289	6.258	6.296	5.362
2011	8.310	5.788	5.881	4.283

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
unter 14 Jahre	7	4	1	0
14 – 18 Jahre	146	357	149	116
ab 18 Jahre	10.244	10.212	7.627	6.488

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
unter 14 Jahre	1	0	4	1
14 – 18 Jahre	33	77	182	115
ab 18 Jahre	1.870	4.235	8.762	4.791

Alter	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
unter 14 Jahre	0	15	0	0
14 – 18 Jahre	529	679	168	65
ab 18 Jahre	14.441	30.389	4.414	1.435

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
unter 14 Jahre	0	3	2	1
14 – 18 Jahre	254	203	150	121
ab 18 Jahre	8.056	5.582	5.729	4.701

Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

Einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.618	6.525	1.496	2.090
2006	2.078	7.118	1.550	1.952
2007	2.967	7.324	1.253	2.132
2008	3.720	6.625	1.935	2.113
2009	3.847	5.900	1.991	2.048
2010	3.368	6.013	1.846	2.196
2011	3.826	4.905	1.616	2.191

Einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	353	764	1.584	1.354
2006	339	716	2.056	1.283
2007	333	777	2.223	1.320
2008	327	842	2.354	1.383
2009	264	898	2.203	1.456
2010	253	1.010	2.060	1.423
2011	287	1.002	2.055	1.364

Einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	1.996	6.087	989	200
2006	1.912	6.234	1.022	286
2007	10.527	6.103	1.017	240
2008	2.400	5.401	1.183	282
2009	2.603	5.705	1.323	274
2010	2.511	5.776	1.569	271
2011	2.358	5.733	1.099	243

Einkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	2.070	888	1.582	2.013
2006	1.699	710	1.655	1.974
2007	1.443	1.020	1.592	2.300
2008	1.561	1.090	1.653	2.395
2009	1.501	1.467	1.825	2.342
2010	1.434	1.517	1.876	2.372
2011	1.343	1.370	1.934	2.071

Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern

SGB III	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	717	7.942	299	651
2006	1.049	0	120	346
2007	616	0	85	333
2008	636	1.427	178	303
2009	646	1.327	207	254
2010	654	1.192	185	265
2011	641	670	197	285

SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	340	222	3.775	630
2006	99	202	633	365
2007	49	155	522	331
2008	48	130	793	315
2009	57	233	531	274
2010	49	303	453	289
2011	44	293	335	304

SGB III	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	9.272	9.749	502	51
2006	529	1.731	555	84
2007	488	1.385	409	60
2008	600	1.270	275	74
2009	652	1.507	298	77
2010	614	1.354	290	69
2011	538	1.176	275	73

SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	5.382	352	708	1.014
2006	479	220	381	1.128
2007	343	173	282	498
2008	324	159	227	493
2009	302	178	247	513
2010	281	148	241	448
2011	262	168	243	379

Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	828	578	145	392
2006	1.147	550	184	295
2007	760	558	165	320
2008	691	567	198	294
2009	654	555	262	306
2010	680	629	313	291
2011	659	523	332	245

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2005	88	118	314	459
2006	105	172	305	387
2007	99	200	294	410
2008	97	206	317	408
2009	98	251	325	357
2010	81	150	315	317
2011	76	129	268	301

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	744	1.059	239	88
2006	855	1.052	225	95
2007	818	892	258	81
2008	910	871	186	96
2009	844	1.015	55	102
2010	885	1.040	158	89
2011	896	951	180	85

BAföG, Ausbildungs- vergütung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2005	646	392	273	462
2006	489	285	252	414
2007	467	226	292	426
2008	455	204	343	438
2009	390	764	296	413
2010	376	686	299	446
2011	319	656	251	428

Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern

SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	815	293	3.010	2.976
2006	1.467	7.762	5.942	3.340
2007	4.378	7.180	5.546	3.388
2008	3.330	4.350	4.796	4.125
2009	3.563	4.879	5.050	3.881
2010	3.551	5.580	5.285	3.460
2011	3.443	4.323	5.124	3.122

SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	92	1.674	534	2.153
2006	1.319	2.223	4.557	3.151
2007	1.361	2.425	4.408	3.024
2008	1.189	2.281	4.593	3.219
2009	1.316	2.328	4.595	2.868
2010	1.180	2.411	4.550	2.830
2011	1.141	1.966	4.292	2.466

SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	462	3.801	1.621	765
2006	9.823	14.840	1.886	888
2007	9.386	15.536	1.989	959
2008	8.305	15.735	1.985	901
2009	8.545	16.205	2.015	995
2010	8.671	16.232	2.025	949
2011	7.549	14.817	1.767	783

SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	268	3.940	1.447	1.953
2006	6.352	5.663	2.599	2.123
2007	6.332	4.872	2.630	2.058
2008	7.240	5.062	2.517	1.889
2009	6.423	3.825	2.559	1.563
2010	6.172	3.463	2.663	1.791
2011	5.537	3.163	2.328	1.602

Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern

Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	19	14	155	117
2006	14	14	183	92
2007	12	20	157	67
2008	29	6	212	62
2009	109	2	202	62
2010	118	9	263	73
2011	129	20	341	70

Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	272	231	268	4
2006	89	216	208	6
2007	99	169	141	5
2008	95	143	101	2
2009	95	111	108	3
2010	67	103	118	2
2011	77	195	156	6

Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	617	1.284	9	24
2006	570	1.483	2	28
2007	473	1.047	4	16
2008	378	831	2	22
2009	343	796	3	23
2010	357	786	10	18
2011	396	831	6	14

Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	65	159	125	38
2006	68	133	105	47
2007	46	94	98	32
2008	48	92	91	27
2009	35	77	88	24
2010	36	90	95	34
2011	46	107	131	33

Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern

Sonstige Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9	80	7	775
2007	259	86	11	986
2008	197	83	18	26
2009	136	78	18	26
2010	121	73	16	25
2011	98	60	11	28

Sonstige Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19	4	678	50
2007	21	6	546	37
2008	29	4	211	37
2009	19	6	454	32
2010	29	6	502	49
2011	26	3	494	41

Sonstige Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83	1.172	10	28
2007	169	1.032	11	15
2008	779	2.063	28	17
2009	2.067	842	34	21
2010	2.036	1.004	42	30
2011	1.985	711	40	31

Sonstige Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63	21	121	68
2007	62	36	68	98
2008	98	25	71	104
2009	91	25	78	103
2010	120	28	170	84
2011	106	27	164	110

Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	3.923	116	359	841
2006	3.376	123	152	722
2007	1.891	118	154	716
2008	1.577	121	185	693
2009	1.782	101	185	628
2010	2.423	68	193	743
2011	1.601	72	156	663

Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	Keine Angaben	771	2.316	691
2006	288	800	1.421	593
2007	278	754	1.402	630
2008	271	732	1.200	389
2009	343	632	1.482	477
2010	312	474	1.634	472
2011	253	724	1.348	425

Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	3.732	10.271	1.545	330
2006	3.382	7.641	1.348	316
2007	3.384	7.301	1.269	339
2008	1.714	7.509	1.432	310
2009	1.482	7.496	1.651	292
2010	1.401	7.175	1.032	284
2011	1.248	6.864	1.215	271

Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	1.329	509	1.564	0
2006	1.185	339	1.228	0
2007	1.138	344	1.227	188
2008	1.043	366	1.193	139
2009	814	397	1.056	125
2010	870	326	952	187
2011	697	297	830	200

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	6.134	6.957	4.795	6.294
Ausländerinnen	4.263	3.616	2.982	310

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1.214	2.376	5.194	4.693
Ausländerinnen	690	1.936	3.754	214

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	11.274	19.768	3.456	1.087
Ausländerinnen	3.696	11.315	1.126	413

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	7.725	5.393	4.606	4.573
Ausländerinnen	585	395	1.275	250

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	30	826	85	116
13. bis 20.	2.532	2.733	1.134	1.396
nach der 20.	7.835	7.014	6.558	5.092

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	78	98	485	48
13. bis 20.	496	868	2.204	909
nach der 20.	1.330	3.346	6.259	3.950

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	467	3.826	516	369
13. bis 20.	4.906	13.300	1.039	627
nach der 20.	9.597	13.957	3.027	504

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	1.060	93	915	523
13. bis 20.	3.927	1.543	2.017	1.745
nach der 20.	3.323	4.152	2.949	2.555

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern

Lebensform	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.205	4.074	3.134	1.330
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	2.587	4.759	2.697	2.719
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1.605	1.740	1.946	2.555

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	843	1.977	4.430	940
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	612	1.773	3.057	2.190
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	449	562	1.461	1.777

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.215	14.845	1.921	555
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5.487	11.061	1.656	637
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3.268	5.177	1.005	308

Lebensform	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1.603	1.018	2.478	1.035
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4.246	3.102	2.020	2.061
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2.461	1.668	1.383	1.727

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	61	64
Freie Trägerschaft	99	69	50	55
Staatlich/kommunal	25	80	11	9
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	59	70
Freie Trägerschaft	99	72	49	55
Staatlich/kommunal	25	80	10	15
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	57	65
Freie Trägerschaft	99	72	47	52
Staatlich/kommunal	25	80	10	13
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	52	66
Freie Trägerschaft	103	72	45	53
Staatlich/kommunal	21	80	7	13
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	153	50	62
Freie Trägerschaft	103	77	45	49
Staatlich/kommunal	21	76	5	13
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	155	54	63
Freie Trägerschaft	104	78	49	51
Staatlich/kommunal	21	77	5	12
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	148	52	64
Freie Trägerschaft	104	72	47	52
Staatlich/kommunal	21	76	5	12

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4	4	77	41
Freie Trägerschaft	4	4	77	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	84	41
Freie Trägerschaft	6	4	84	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	41
Freie Trägerschaft	6	4	89	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	94	41
Freie Trägerschaft	6	4	94	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	41
Freie Trägerschaft	6	4	88	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	42
Freie Trägerschaft	6	4	89	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	42
Freie Trägerschaft	6	4	88	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	226	183	81	19
Freie Trägerschaft	152	159	81	3
Staatlich/kommunal	74	24	0	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233	179	80	19
Freie Trägerschaft	155	157	80	18
Staatlich/kommunal	78	22	0	1
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244	179	81	19
Freie Trägerschaft	165	157	81	19
Staatlich/kommunal	79	22	0	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239	181	80	18
Freie Trägerschaft	162	158	80	18
Staatlich/kommunal	77	23	0	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249	181	81	19
Freie Trägerschaft	173	158	81	19
Staatlich/kommunal	76	23	0	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245	181	81	20
Freie Trägerschaft	168	158	81	19
Staatlich/kommunal	77	23	0	1
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247	180	80	19
Freie Trägerschaft	172	157	80	19
Staatlich/kommunal	75	23	0	0

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	52	50	41
Freie Trägerschaft	60	49	35	41
Staatlich/kommunal	21	3	15	0
2006				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	51	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	21	3	13	0
2007				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	51	49	39
Freie Trägerschaft	59	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	3	13	0
2008				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	50	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	50	49	39
Freie Trägerschaft	60	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	49	50	40
Freie Trägerschaft	61	47	37	40
Staatlich/kommunal	19	2	13	0
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	48	50	39
Freie Trägerschaft	63	46	37	39
Staatlich/kommunal	18	2	13	0

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2011 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	Nein (es gilt sonstige Einkommensgrenze)	1,7xRS (Härtefälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 55% v. RS (Härtefälle: 75%) + Unterkunftskosten	§ 53 AO	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Bruttobezüge
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunftskosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS und 2-facher RS bei Alleinerziehenden
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80% RS HA (0-5J.) =1,5x60% RS HA (6-13J.) =1,5x70% RS HA (14-24J.) =1,5x80% RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2xRS +Mehrbedarf für Schwangere + Kosten der Unterkunft	2,5 x RS AS/AL + KdU sowie 1,5 x RS HV + 1,5 RS HA + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angem. KdU

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2011 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.050	922	565	437
2006	1.050	848	555	475
2007	1.047	867	574	460
2008	1.080	1.001	584	472
2009	1.110	1.080	644	465
2010	1.124	1.029	626	495
2011	1.085	1.250	599	536

Durchschnittsbetrag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	426	521	684	403
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455

Durchschnittsbetrag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	485	611	864	653
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751

Durchschnittsbetrag in Euro	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	553	460	532	546
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2011 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	2.785	529	798	128
Bis 600 Euro	0	3.172	2.725	4.408
Bis 1000 Euro	0	3.806	3.649	2.017
Bis 1.500 Euro	7.612	2.643	584	20
Über 1.500 Euro	0	423	21	31

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	893	45	74	2.179
Bis 600 Euro	607	2.543	2.698	1.099
Bis 1000 Euro	379	1.634	5.635	1.574
Bis 1.500 Euro	22	74	457	23
Über 1.500 Euro	3	16	84	32

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	830	1.279	342	27
Bis 600 Euro	9.555	16.370	1.588	731
Bis 1000 Euro	3.756	11.905	1.236	292
Bis 1.500 Euro	740	1.433	926	385
Über 1.500 Euro	89	96	490	65

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	1.333	112	817	549
Bis 600 Euro	2.692	4.585	3.622	1.962
Bis 1000 Euro	3.272	1.008	1.386	2.145
Bis 1.500 Euro	899	82	48	117
Über 1.500 Euro	114	1	8	50

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	gemischt	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	ja	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	134.789	207.594	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	nein	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	nein	nein	360.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	nein	1.000	nein	23.241

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	6
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	6
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	8
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen.	9
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	9
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	10
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2011	10
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	10
Tabelle 12: Orientierungsrahmen.....	10
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	10
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	13
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	14
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	15
Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	16
Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern.....	17
Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern	18
Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern	19
Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern.....	20
Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern	21
Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	22
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern	23
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern.....	23
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2011 nach Bundesländern	24
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	25
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2011 nach Bundesländern ..	29
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2011 nach Bundesländern	30
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2011 nach Bundesländern	31
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	32
Tabelle 32: Orientierungsrahmen.....	32
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	32